

## Grüne machen Verkehrssicherheit zum Thema im Bürgerschaftswahlkampf

VON WIGBERT GERLING

**Bremen.** Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen, mehr staatliche Ausgaben für den Lärmschutz, Anpassung der Stadt an Veränderungen durch den Klimawandel – dies sind für die Grünen laut Parteichef Ralph Saxe einige Schwerpunkte in der Zukunft. Die Landesmitgliederversammlung der Partei am Sonnabend im „Kwadrat“ an der Wilhelm-Kaisen-Brücke war der Auftakt für die Diskussion über das Programm, das das inhaltliche Fundament der Grünen im Bürgerschaftswahlkampf sein soll.

Am 10. Mai 2015 wird die Bürgerschaft für die folgenden vier Jahre gewählt. „17 Prozent plus“ – dieser Stimmenanteil ist für Parteichef Saxe ein erreichbares Ziel. Damit hätten die Grünen womöglich weniger als die CDU – „vielleicht aber auch mehr“, ergänzte er. Bei der Wahl vor gut drei Jahren hatten die Grünen 22,5 Prozent bekommen und damit die CDU überflügelt (20,4).

Henrike Müller, Saxes Kollegin an der Spitze des Landesvorstands, griff die Christdemokraten an, die den Bremerinnen und Bremer „850 000 Euro wegnehmen, um den Wahlkampf aufzupumpen“. Sie spielte

damit auf die Kosten an, die veranschlagt sind, damit ein Untersuchungsausschuss unter anderem die Gründe für Kostensteigerungen und Zeitverzögerungen beim Neubau des Krankenhauses an der St.-Jürgen-Strasse erheilen kann. An die grünen Mitglieder richtete Müller den Appell, in den kommenden Wochen zahlreiche Ideen zu liefern, um eine Grundlage für eine „lebensdienliche Debatte“ über das Wahlprogramm zu bekommen.

Gleich nach diesen Kommentierungen der Parteispitze war laut Tagesordnung eine dreiviertelstündige Diskussion über die Zukunft der Bremer Abfallwirtschaft. Sie war 1998 mit einer Laufzeit von 20 Jahren an Privat gegangen. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi bereitet derzeit ein Volksbegehren vor, um eine Rückführung der Aufgabe in die öffentliche Hand durchzusetzen. Rainer Kuhn, Bezirksgeschäftsführer von Verdi, ging ans Red-

nerpult, warb für eine Rückführung der Abfallwirtschaft unter staatliche Regie und betonte: „Wir verlangen von der Politik klare Aussagen.“

An der folgenden Diskussion beteiligte sich Hans-Dieter Wilken, Geschäftsführer bei der Firma Nehlsen, die derzeit mit der städtischen Abfallentsorgung beauftragt ist. Er verwies auf die Leistung des Unternehmens, das über mehr als anderthalb Jahrzehnte der Bevölkerung stabile Abfallgebühren geboten habe. Und er lud alle Grünen ein, den Betrieb zu besuchen und die Arbeit in Augenschein zu nehmen.

Die Bürgerschaftsabgeordnete Maike Schaefer verwies auf die große Bedeutung der Müllentsorgung für eine Kommune und ihre Bewohner. Und sie betonte, genau deshalb müssten vor einer Entscheidung die „Risiken und Chancen genau abgewogen“ werden – ob die Aufgabe nach 2018 wieder ganz an den Staat zurückgehe, ob die öffentliche Hand eine Partnerschaft mit einem Unternehmen vereinbare oder die Müllentsorgung privat bleibe. Nötig sei als Grundlage eine „solide Datenlage“, die derzeit erarbeitet werde. Die Bremerinnen und Bremer müssten sicher sein, dass sie

auch weiterhin eine zuverlässige Müllabfuhr zu angemessenen Gebühren hätten. Und für alle Beschäftigten laute die Maßgabe: faire Löhntarife.

Der grüne Umweltsenator Joachim Lohse unterstützte das Ziel, einen größeren kommunalen Einfluss auf die Abfallwirtschaft zu bekommen. Und er befuhrte zudem eine genaue Prüfung, ob eine völlige Rekommunalisierung oder ein PPP-Modell sinnvoll sei, eine Public Private Partnership als Verbindung von öffentlicher Hand und Unternehmen. Das Thema sei so wichtig, dass sich „ein Schnellschuss“ verbiete. Ende Juli komme ein Zwischenbericht auf den Kabinettschisch, und für Ende September/Anfang Oktober sei die „Richtungsentscheidung im Senat“ zu erwarten.

Fraktionschef Matthias Güldner kommentierte den Tagesordnungspunkt „Armut“. Es gebe in der Republik Orte, die sich als „Hauptstadt der Armutsbekämpfung“ verstünden – in Bremen hingegen habe der Eindruck aufkommen können, es sei die „Hauptstadt des Redens über Armutsbekämpfung“. Die Grünen seien nicht nur die Partei beispielsweise der Ökologie, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit.



**Parteichef Ralph Saxe** lud die Grünen auf der Mitgliederversammlung zur Diskussion über das Programm für die Bürgerschaftswahl im Mai 2015 ein.

FOTO: ANDREAS KALKA